

Rede

der Bundesministerin für Verbraucherschutz,
Ernährung und Landwirtschaft,

Renate Künast

zur Einbringung des

Gentechnikgesetzes

im Deutschen Bundestag am 27.05.2004

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident/Frau Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir brauchen Sicherheit.

Wir brauchen Sicherheit für unsere Bäuerinnen und Bauern.

Sie müssen wissen, was los ist auf ihren Feldern.

Sie müssen entscheiden können, welche Chancen sie nutzen wollen und welche nicht.

Das ist keine ideologische Frage, sondern schlichtweg eine Frage der wirtschaftlichen Existenz.

Heute bringen wir das **Gesetz über die Neuordnung des Gentechnikrechts** ein.

Es geht nicht nur darum, EU-Recht in materielles Recht umzusetzen, sondern auch um den **Schutz des gentechnikfreien Anbaus**. Aber auch das will ich nicht verhehlen: Die Kommission hat da doch einiges offen gelassen, das nun dringend geregelt werden muss.

Nach Angaben des BUND gibt es derzeit **33 «gentechnikfreie» Regionen** und Landkreise in Deutschland. Weitere sind in Gründung.

Das beweist: Viele Bäuerinnen und Bauern sehen **gerade** in der **Gentechnikfreien Landwirtschaft** große Einkommensvorteile. Sie sehen hier die Chance, einen **Standortvorteil** zu sichern, der durchaus das Potenzial hat, um auch in Zukunft die Produkte vorne am internationalen Markt zu platzieren.

Meine Damen und Herren,

Wir wollen **Transparenz und Planungssicherheit**.

Wir haben ein Gesetz vorgelegt, das Frieden auf den Feldern schafft.

Auf **vier Punkte** möchte ich hier eingehen:

- Die Abstandsregeln im Sinne der Vorsorgepflicht
- Haftungsfragen
- Ein für alle zugängliches Standortregister
- Und eine unabhängige Begleitforschung

ERSTENS:

Die **Vorsorgepflicht**, (die gute fachliche Praxis), umfasst insbesondere die Festlegung von **Mindestabständen**.

Wir können keine Verunreinigungen auf den Feldern dulden.

ZWEITENS:

In der Frage der Haftungsregeln ist für mich ganz klar: **Wer Schaden verursacht, muss auch dafür zahlen!** Diejenigen, die sich für Agro-Gentechnik entscheiden, müssen dafür sorgen, dass die Nachbarn keinen Schaden nehmen.

Und ich denke gar nicht daran, die Folgekosten auf den Rücken der Steuerzahler abzuwälzen.

Sehen wir uns nur **Sachsen-Anhalt** an: Dort hat die Landesregierung einen **300ha-Anbauversuch** gestartet.

Kostenpunkt: **240.000 Euro! Für einen Haftungsfonds aus Steuergeldern, der nur denjenigen nutzt, die Agro-Gentechnik verwenden!**

Weil tatsächlich der Fonds dazu dient, sich bei den Landwirten einzukaufen, damit sie Agro-Gentechnik aussäen.

Wenn man den Haftungsfonds Sachsen Anhalts übrigens auf die Bundesrepublik umrechnet, würde das alleine für die bundesweite Maisanbaufläche eine **Haftungssumme von 1,3 Milliarden Euro** bedeuten.

Wo bleiben Ihre Forderungen nach Subventionsabbau?

Das sind bei Ihnen reine Worthülsen. Statt Subventionen abzubauen, schaffen sie mit einem solchen Haftungsfonds munter neue.

DRITTENS:

Ein **für alle zugängliches Standortregister ist unabdingbar.**

Kein Unternehmen kann erfolgreich arbeiten, wenn es keine Planungssicherheit hat.

Ich habe überhaupt kein Verständnis für den **FDP-Antrag** der will, dass, **ich zitiere:** „Einsicht nur bei konkret begründeten Vorhaben gewährt“ wird.

Die Menschen haben ein Recht auf Information. Also auch die Landwirtinnen und Landwirte. Interessant, dass sich ausgerechnet die Liberalen hier – einmal mehr - für eine Politik des Misstrauens stark machen!

VIERTENS:

Das Standortregister ist Basis für eine **Begleitforschung, die ihren Namen verdient.**

Begleitforschung heißt keineswegs, dass alle, die sowieso für Agro-Gentechnik sind, enge Fragestellungen definieren.

Begleitforschung heißt, unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mögliche gesundheitliche Folgen der Agro-Gentechnik für Mensch und Tier bis hin zu Auswirkungen auf die Biodiversität seriös erforschen zu lassen.

Meine Damen und Herren,

Sie müssen derzeit nur die Zeitungen aufschlagen, um zu sehen, was die CDU/CSU/FDP-regierten Länder mit Ihrer

Blockadepolitik im Bundesrat angerichtet haben: „**Krieg auf den Dörfern**“ und „**Bauernkrieg**“ sind da nur einige Überschriften.

Das ist das Gegenteil von Planungssicherheit – und mit diesem Urteil wäre man noch milde. (Nicht einmal die Agrarministerin in Sachsen-Anhalt weiß, was läuft.)

Chaos ist wohl das ehrlichere Wort!

- Wir brauchen Haftungsregelungen **statt** einer ungerechten Kostenverteilung!
- Wir brauchen Abstandsregeln **statt** gegenseitiges misstrauisches Beäugen an den Grundstücksgrenzen!

- Wir brauchen Standortregister **statt** Geheimniskrämerei!
- Wir brauchen eine umfangreiche Begleitforschung **statt** unsere Zukunft dem Zufall zu überlassen!)

- Wir brauchen Sicherheit für die Bäuerinnen und Bauern.
- Für die Verbraucherinnen und Verbraucher.
- Für den Standort.
- Wir brauchen Schutz für die Gesundheit der Menschen und der Umwelt.

Wir brauchen eine zügige Umsetzung dieses Gesetzes.

Und deshalb meine klare Erwartung an die Opposition:

Geben Sie Ihre doppelzüngige Politik auf.

Versuchen Sie nicht zu blockieren. Gelingen wird es sowieso nicht.